

## Geld für Investitionen bleibt liegen

Donnerstag, 7. Januar 2010 03:19 - Von Joachim Fahrur

**Die Berliner Behörden und Empfänger öffentlicher Zuschüsse haben auch 2009 nicht geschafft, das ihnen vom Senat für Investitionen zugesagte Geld auszugeben. Um 345 Millionen Euro blieben sie hinter den geplanten 1,88 Milliarden Euro zurück.**

Das sei ein bisschen mehr als in früheren Jahren, hieß es aus der Senatsfinanzverwaltung. Die Beamten von Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) vermeldeten auch wegen der nicht ausgegebenen Investitionen am Dienstag für 2009 einen Jahresabschluss, der mit etwas weniger neuen Schulden als veranschlagt auskommt.

Von den 345 Millionen Euro nicht ausgeschöpfter Investitionen entfallen 183 Millionen auf das Konjunkturpaket II. Dieses Geld darf ins Jahr 2010 übertragen werden.

Die Landesbehörden schafften es zudem nicht, 26 Millionen Euro für Bauten auszugeben. Dieser Wert wird im Hause Nußbaum positiv eingeschätzt, in den vergangenen Jahren lagen die nicht ausgegebenen Reste auch schon mal drei- oder viermal höher.

57 Millionen Euro unter Plan lagen die Investitionen für Wirtschaftsförderung aus der sogenannten Gemeinschaftsausgabe (GA) von Bund und Land. Aber auch für diese Summe ist es den Regeln nach möglich, erst im kommenden Jahr Abnehmer zu finden, ohne dass das Geld verloren wäre. Der Freien Universität gelang es nicht, einen 20-Millionen-Zuschuss des Landes zu verbauen.

Auf 136 Millionen Euro summieren sich nicht ausgeschöpfte Investitionstöpfe in 350 mehr oder weniger kleinen Einzeltiteln. Hier wurden mal 60 000 Euro für ein Löschfahrzeug weniger ausgegeben, mal ein paar Notebooks nicht angeschafft, anderswo ein Server nicht bestellt.

Die Haushaltspolitiker im Abgeordnetenhaus kritisierten, dass die Verwaltungen abermals große Summen nicht ausgeschöpft haben. "Es ist wieder nicht gelungen, das Geld in Infrastrukturprojekte umzulenken", kritisierte der Grünen-Haushaltsexperte Jochen Esser. Aus seiner Sicht bietet der Haushaltsabschluss trotz des positiven Saldos Grund zur Sorge. Denn die Sachausgaben liegen um 155 Millionen Euro über Plan. Vor allem die Sozialausgaben für

Eingliederungshilfen etwa für behinderte und Grundsicherung für arme Senioren sieht Esser aus dem Ruder laufen. Die Verwaltung bestätigt, dass die Ausgaben dafür 300 Millionen höher als ursprünglich vorgesehen ausgefallen seien. Man habe aber rechtzeitig eine Reserve eingeplant.